ÜSG Altenoyther-Kämpe-Graben
Übersicht der Einwendungen/ Hinweise und deren Abwägung

Lfd. Nr.	Einwände/ Hinweise	Abwägung Landkreis	Änderung nach Neuberechnung
	Träger öffentlicher Belange:		
1	<p>Hinweis: Bei vorhandenen Versorgungsleitungen muss eine ständige Erreichbarkeit gegeben sein, um Unterhaltungs-, Wartungs- und Reparaturarbeiten durchführen zu können. Von den Planungen könnten ferner bergbauliche Anlagen und Erdgashochdruckleitungen betroffen sein. Bei diesen bergbaulichen Anlagen und Erdgashochdruckleitungen sind Schutzstreifen und Sicherheitsabstände zu beachten. Es dürfen keine Auswirkungen vorgenommen werden, die den Bestand oder den Betrieb der Leitungen beeinträchtigen oder gefährden.</p>	<p>Der Hinweis wurde zur Kenntnis genommen. Hinsichtlich der Schutzstreifen: Beim Festsetzungsverfahren handelt es sich um einen rein formalen Akt der Festsetzung, mit dem keinerlei bauliche Maßnahmen verbunden sind.</p>	keine Änderungen
2	<p>Hinweis: Gem. § 1 Abs. 3 Nds. FischG erstreckt sich das Recht zum Fischfang für die Dauer der Ausuferung auch auf die überfluteten Grundstücke mit Ausnahme der im Überflutungsgebiet gelegenen anderen Gewässer innerhalb ihres Bettes, wenn ein Gewässer über seine Ufer tritt. Gem. § 52 Nds.FischG dürfen Personen, die nicht zum Fischfang befugt sind, die Rückkehr der Fische in das Gewässer nicht verhindern, wenn das Gewässer über seine Ufer tritt.</p>	<p>Der Hinweis wurde zur Kenntnis genommen. Die §§ des FischG werden durch die Ausweisung des Überschwemmungsgebietes nicht tangiert.</p>	keine Änderungen
3	<p>Hinweis: Durch die geplanten Änderungen dürfen die Versorgungsanlagen des OOWV weder freigelegt, überbaut, bepflanzt noch sonst in ihrer Funktion gestört werden und müssen erreichbar bleiben. Evtl. Sicherungs- bzw. Umlungsarbeiten können nur zu Lasten des Veranlassers oder nach den Kostenregelungen bestehender Verträge durchgeführt werden.</p>	<p>Der Hinweis wurde zur Kenntnis genommen. Beim Festsetzungsverfahren handelt es sich um einen rein formalen Akt der Festsetzung, mit dem keinerlei bauliche Maßnahmen verbunden sind. Ob und inwieweit Sicherungsmaßnahmen erforderlich sind, liegt in der Verantwortung des Eigentümers/ Betreibers dieser Anlagen. Sofern vom OOWV bauliche Maßnahmen geplant sind, findet § 78 WHG Anwendung.</p>	keine Änderungen
4	<p>In einigen Bereichen könnten die festzusetzenden Überschwemmungsflächen unmittelbar bis an landwirtschaftliche Hofstellen heranführen. Bei vorliegenden entsprechenden hydrologischen Voraussetzungen sollten Flächen einbezogen werden, die hinsichtlich Ertragspotenzial, Flächenzuschnitt oder Erschließung eine verhältnismäßig geringe Bedeutung für die Landwirtschaft aufweisen und zugleich zur Aufwertung von ökologisch wertvollen bzw. aufwertbaren Bereichen (z.B. Gewässerrandstrukturen) dienen könnten. Bei neu errichteten landwirtschaftlichen Bauten kann es stellenweise zu einer Aufhöhung des Geländes und auf landwirtschaftlichen Flächen zu Bodenmeliorationsmaßnahmen (z.B. Tiefpflügen) gekommen sein. Es werden Überprüfungen des Geländes vorgeschlagen. In den ÜSG sollten die Errichtung von Viehunterständen und Hochsitzen sowie der Umbruch und die anschließende Neueinsaat zum Erhalt von landwirtschaftlich attraktivem Grünland im Rahmen einer guten fachlichen Praxis möglich sein.</p>	<p>Fazit: Dem Einwand wurde nicht stattgegeben, da keine fachlichen Gründe vorgebracht wurden, die zu einer Änderung der ÜSG Grenze führen. Begründung: Soweit das Überschwemmungsgebiet an Hofflächen heranreicht, ist dies das Ergebnis entsprechender Berechnungen und erfolgter Vermessungen. Eine individuelle Auswahl von Überschwemmungsflächen erfolgt nicht. Die Ermittlung der Überschwemmungsgebiete erfolgte durch den NLWKN auf aktuellen Datengrundlagen. Darüber hinaus haben behördliche Abstimmungstermine, Plausibilitätsprüfungen und vor Ort Kontrollen stattgefunden. Nach Rücksprache mit dem Bauamt im Hause sind in dem Überschwemmungsgebiet keine Genehmigungen für Geländeaufhöhungen ausgesprochen worden, die nicht bei der Ermittlung berücksichtigt wurden. Fachliche Bedenken hinsichtlich der Ermittlung bestehen demnach nicht. Unabhängig von der Ausweisung und Festsetzung eines Überschwemmungsgebietes ist auf Grund der natürlichen Lage eines Grundstückes an einem Gewässer und in dessen Überschwemmungsgebiet die Beschränkung hinsichtlich der Nutzung nahezu geboten. Die Nutzung der Flächen ist nicht losgelöst von den natürlichen Gegebenheiten, sondern hat diesen zu folgen. Die Nutzung im Überschwemmungsgebiet gelegener Flächen ist darüber hinaus nicht grundsätzlich verboten, sondern lediglich eingeschränkt bzw. nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich. Diese Einschränkung geschieht u.a. auch zum Schutz der Existenz und dem Wohl des Grundstückseigentümers wie auch der Allgemeinheit und orientiert sich am hochwasserbedingten Gefahrenpotenzial. Ziel ist es, Hochwasserschäden vorzubeugen bzw. zu mindern und so Existenzgrundlagen zu sichern. Insoweit müssen Einschränkungen in der Nutzung der Flächen hingenommen werden. Eine generelle Zulassung von landwirtschaftlichen Bauvorhaben sowie der Errichtung von Viehunterständen oder Hochsitzen ist nicht vorgesehen. Entscheidungen über entsprechende Umbrüche müssen aus wasserrechtlichen Gründen einer Einzelfallentscheidung vorbehalten werden. Gleiches gilt für den Grünlandumbruch. Hier gilt es im Einzelfall je nach Art und Ausführung über das Vorhaben zu entscheiden.</p>	keine Änderungen

ÜSG Altenoyther-Kämpe-Graben
Übersicht der Einwendungen/ Hinweise und deren Abwägung

Lfd. Nr.	Einwände/ Hinweise	Abwägung Landkreis	Änderung nach Neuberechnung
5	<p>Die Stadt Friesoythe ist durch festzusetzende Überschwemmungsgebiete in erheblichem Umfang in ihrer Siedlungsentwicklung betroffen. Teile bereits seit Jahren durch rechtskräftige Bebauungspläne gesicherte Wohnbaugebiete oder für die Stadtentwicklung dringend benötigte Wohnbauflächen können nicht mehr realisiert werden. Bereits hergestellte Erschließungsanlagen sind funktionslos geworden, da angrenzende Grundstücke nicht mehr bebaut werden können.</p> <p>Die Eingangsgrößen für die dem Überschwemmungsgebiet zugrunde liegende hydraulische Berechnung können Toleranzen aufweisen. Die Wirkung dieser Toleranzen sollte näher untersucht werden. Dies ist insbesondere in solchen Bereichen von Bedeutung, die rechnerisch lediglich wenige Dezimeter oder sogar nur Zentimeter überflutet werden. Dies sollte bei Festsetzungen grundsätzlich berücksichtigt werden.</p> <p>Die Abgrenzung des Überschwemmungsgebietes für ein 100-jähriges Hochwasserereignis ist aufgrund der bekannten Höhenverhältnisse nicht nachzuvollziehen.</p> <p>Bereits zu Beginn des Verfahrens sind bezüglich des Bereiches Schmalder Damm/ Regenrückhaltebecken/ In den Kämpfen/ Brahmstraße dazu Zweifel angemeldet und dem NLWKN Ergebnisse von Kontrollmessungen vorgelegt worden. Diese sind nicht in die Berechnung mit eingeflossen.</p> <p>Beim Rückstau von Niederschlagswasser aus Fließgewässern über hoch liegende Straßen hinweg ist das Überschwemmungsgebiet nur plausibel, wenn entsprechende Durchlässe dies zulassen, dies scheint bei den Flächen nördlich der Gemeindestraße „In den Kämpfen“ nicht gegeben.</p> <p>Teile der Überschwemmungsflächen, die aus nicht ausreichend leistungsfähigen Durchlässen resultieren, reichen über diese in nicht begründeter Weise hinaus (s. Station 2+000).</p> <p>Die vom Überschwemmungsgebiet eingeschlossenen Flächen im Verlauf des Altenoyther-Kämpe-Grabens, die vermutlich aus Rundungsvorgängen resultieren, sind nicht plausibel zu erklären (siehe im Bereich Rehen Schloot).</p>	<p><u>Fazit:</u> Dem Einwand wurde nur in soweit stattgegeben, als Vermessungsergebnisse vorgelegt wurden, die belegen, dass einzelne Flächen höher liegen als der Hochwasserspiegel.</p> <p>Im Übrigen wurden keine fachlichen Gründe vorgebracht, die zu einer Änderung der ÜSG Grenze führen. Fachliche Fragen wurden jeweils beantwortet.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Es ist richtig, dass jede Ermittlung der Wasserspiegelhöhe eine begrenzte Genauigkeit hat. Abweichungen sowohl nach oben als auch nach unten sind möglich, je nachdem, welche Eingangsparameter verwendet werden. Daher werden grundsätzlich „mittlere“ Werte angesetzt (d.h. mittlerer Unterhaltungszustand, keine Hindernisse im Gewässer, usw.).</p> <p>Es werden also keine besonders günstigen oder ungünstigen Parameter verwendet, um ein möglichst „neutrales“ Ergebnis zu erhalten. Darüber hinaus sind die verwendeten Werte speziell auf den jeweiligen Gewässertyp abgestimmt und fachlich abgesichert.</p> <p>Hinsichtlich der Forderung nach einer „Berücksichtigung der Genauigkeit bei der Festsetzung“ ist im Bereich des Landes Niedersachsen, auch nach Rücksprache mit dem NLWKN, kein Fall bekannt, in dem ein Überschwemmungsgebiet aus Berücksichtigung der Genauigkeit mit extrem günstigen oder ungünstigen Parametern ermittelt und festgesetzt wurde. Für beide Vorgehensweisen gäbe es sicher vor Ort Befürworter, hier ist daher aus Sicht des LK eine möglichst „neutrale“ nachvollziehbare Vorgehensweise gefordert (Stichwort „Gerichtsfestigkeit“).</p> <p>Sowohl der NLWKN als auch das Ingenieurbüro Pabsch und Partner haben versichert, dass die zur Verfügung gestellten Daten in die Berechnung eingeflossen sind.</p> <p>Laut Ingenieurbüro Pabsch und Partner sind die im Vorfeld übergebenen Vermessungsdateien bei der Ermittlung des Überschwemmungsgebietes einbezogen worden. Dem Büro IPP ist für das nördliche Altenoythe eine Vermessungsdatei (101442.kor) übergeben worden. Diese wurde ins GIS übernommen und das Überschwemmungsgebiet daraufhin auf Plausibilität überprüft.</p> <p>Hierbei hat sich gezeigt, dass der Straßenzug „In den Kämpfen“ im Bereich des errechneten Überschwemmungsgebietes größtenteils eine Barriere für das Hochwasser bildet - abgesehen von einem kleinen Bereich von wenigen Metern auf der der Straßenzug ca. 6-7 cm unterhalb der für diese Bereich relevanten Wasserspiegellage von ca. 6,57 mÜNN liegt. Hier strömt das Wasser nach Norden auf die dortigen Grundstücke und verteilt sich dort gemäß der örtlichen Geländeverhältnisse.</p> <p>Hinsichtlich des Teils der Straße, der nachweislich höher liegt, als der Hochwasserspiegel, wird eine Korrektur der Überschwemmungsgebietskarte vorgenommen.</p> <p>In diesem Punkt wurde dem Einwand stattgegeben.</p> <p>Diesbezüglich kann dem Einwand nicht gefolgt werden. Da keine wiederlegenden Vermessungsdaten vorgelegt wurden, ist die Berechnung in diesem Abschnitt als korrekt anzusehen.</p> <p>Hinzu kommt die Tatsache, dass das Gelände nördlich der Straße ohnehin schon Teil des Überschwemmungsgebietes der Lahe ist.</p> <p>Die angesprochenen vom Überschwemmungsgebiet eingeschlossenen Flächen im Verlauf des Altenoyther-Kämpe-Grabens sind keine „Rundungsergebnisse“, hier liegt der Geländewert des DGM5 schlicht weg oberhalb des errechneten Wasserspiegels. Dies kann durchaus im vor Ort mit bloßem Auge kaum sichtbarem cm-Bereich sein. Diese Bereiche werden aber bewusst nicht einfach „weggerundet“ (verfälscht), damit Rechenergebnis und Darstellung der Fläche nicht voneinander abweichen.</p>	<p>Die Neuermittlung hat Auswirkungen auf den Bereich nördlich der Straße "In den Kämpfen" - dieser Bereich liegt nun nicht mehr im ÜSG. (siehe Anlage 3 Karte 1)</p> <p>Die Neuermittlung hat aufgrund des verringerten Einzugsgebietes zu einer gesamten Verkleinerung des Überschwemmungsgebietes geführt; dies hat positive Auswirkungen auf die hier angesprochenen Flächen (siehe Anlage 3 Karte 2)</p> <p>Im Übrigen: Keine Änderungen</p>

ÜSG Altenoyther-Kämpe-Graben
Übersicht der Einwendungen/ Hinweise und deren Abwägung

Lfd. Nr.	Einwände/ Hinweise	Abwägung Landkreis	Änderung nach Neuberechnung
1	<p>Private Einwendungen:</p> <p>Die den Darstellungen der Überschwemmungsbereiche zugrunde liegenden Geodaten spiegeln nicht die tatsächlichen Verhältnisse wieder. Durch die durchgeführten Meliorationsmaßnahmen und die damit einhergehende Mineralisierung des Bodens ist es in den 60' er Jahren zu erheblichen Veränderungen der Höhenverhältnisse gekommen. Diese spiegeln die zugrunde gelegten Geodaten nicht wieder. Es erhöht sich dadurch das Stauvolumen im Bereich der jeweiligen Fluss- bzw. Grabenniederungen. Dadurch kann das entstehende Hochwasser nicht wie dargestellt in die Fläche fließen. Die Überschwemmungsbereiche lassen sich daher auf die Talniederungen der Flüsse (z.B. Lahe, Streek) reduzieren.</p> <p>Im Erörterungstermin wurde dem Einwand hinzugefügt, dass ausdrücklich die Aktualität der der Berechnung zugrundegelegten Geländehöhen angezweifelt wird. Ferner entspricht das vom Büro Pabsch und Partner beschriebene und in der Karte dargestellte Einzugsgebiet des Altenoyther-Kämpe-Grabens nicht den tatsächlichen Gegebenheiten.</p>	<p><u>Fazit:</u> Der Einwand war zulässig. Der Einwand war jedoch unbegründet. Es wurden keine fachlichen Gründe vorgebracht, die zu einer Änderung der ÜSG Grenze führen. Dem Einwand wurde nicht stattgegeben. Fachliche Fragen wurden jeweils beantwortet.</p> <p><u>Begründung:</u> Das verwendete Geländemodell wurde durch das Ingenieurbüro Pabsch und Partner grundsätzlich anhand der vor Ort aufgenommenen Gewässerquerprofilvermessungen auf Plausibilität geprüft. Die Berechnungen sind auf der Basis der vorhandenen amtlichen Geländemodellaten durchgeführt worden, eine andere Datengrundlage lag dem NLWKN nicht vor. Der NLWKN verwendet für die Ermittlung von Überschwemmungsgebieten grundsätzlich immer die Daten, die das Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen (LGLN) im Jahr der Ermittlung in Form des aktuellsten vorliegenden digitalen Geländemodells herausgibt. Diese Vorgehensweise wird dem NLWKN vom Umweltministerium vorgegeben und ist in ganz Deutschland einheitlich geregelt.</p> <p>Eine Jahreszahl des Zeitpunktes der Aufnahme der Geländehöhen für das gesamte Überschwemmungsgebiet des Altenoyther-Kämpe-Grabens, welche der Einwender im Erörterungstermin erfragt hat, kann hier nicht pauschal benannt werden. Die Überfliegung liefert keine Höhendaten für ein ganzes Gemeinde- oder Stadtgebiet, sondern erfolgt in sogenannten „Clustern“/ (Gebietsabschnitten). Werden also für ein bestimmtes Gebiet aktuellere Daten ermittelt (z.B. durch Straßenbaumaßnahmen), werden diese durch das LGLN in das digitale Geländemodell (DGM) eingepflegt. Der gesamte Cluster erhält dann den Bearbeitungsstand der Datenaktualisierung. Soweit hier vom LGLN überhaupt anhand von Aktenvermerken nachvollzogen werden kann, wann genau welche Art der Änderung vorgenommen wurde, kann dies höchstens auf der Ebene eines einzelnen Flurstückes erfolgen. Die Ermittlung für ein ganzes Überschwemmungsgebiet bedeutet jedoch einen nicht leistbaren Aufwand hinsichtlich Personal, Zeit und Kosten. Hier gibt das Umweltministerium daher den NLWKN Dienststellen für die Ermittlung von Überschwemmungsgebieten vor, dass diejenigen Daten verwendet werden, die das LGLN als aktuell herausgibt.</p> <p>Sofern Einwender im Verfahren die Höhendaten anzweifeln, liegt die Beweislast bei ihnen. Sie müssen ihre Flächen auf eigene Kosten vermessen lassen. Auch dies ist bundeseinheitlich geregelt.</p> <p>Da in dem Einwand sowohl die Geodaten als auch das Einzugsgebiet des Altenoyther-Kämpe-Grabens ganz pauschal angezweifelt werden und dies nicht durch konkrete und aktuelle Geländemodellaten belegen oder hinsichtlich des Einzugsgebietesgebietes durch eine fachliche Stellungnahme widerlegt wird, besteht kein begründeter Anlass an der Richtigkeit der der Ausweisung des Überschwemmungsgebietes zugrundeliegenden Daten zu zweifeln.</p>	<p><u>Nach</u> Abschluss des förmlichen Verwaltungsverfahrens hat der Einwender fachliche Daten vorgelegt, die belegen, dass das Einzugsgebiet tatsächlich kleiner ist als vom Büro Pabsch und Partner angenommen. Nach Prüfung der Unterlagen durch den NLWKN wurde das Überschwemmungsgebiet neu berechnet.</p> <p>Im gesamten Verlauf ergeben sich kleinere Überschwemmungsflächen. (siehe Anlage 2) Es entstehen keine neuen Betroffenen. <u>Dritter</u>. Folglich konnte auf ein neues Auslegungsverfahren verzichtet werden.</p>

ÜSG Altenoyther-Kämpe-Graben
Übersicht der Einwendungen/ Hinweise und deren Abwägung

Lfd. Nr.	Einwände/ Hinweise	Abwägung Landkreis	Änderung nach Neuberechnung
2	<ul style="list-style-type: none"> - Der Einwender ist Eigentümer von Flächen im Bereich der Überschwemmungsgebiete Lahe und Streek - Es wird auf Entlastungsmöglichkeiten durch vorhandene Gewässerzüge hingewiesen und gefragt, ob diese berücksichtigt wurden - Wurde das RRB "In den Kämpfen" berücksichtigt? - Wer ist bei Stromausfall für das vorhandene Notstromaggregat zuständig? - die bislang vorgenommenen Maßnahmen an den Gewässern reichen aus , um Hochwasserrisiken zu minimieren 	<p><u>Fazit:</u> Der Einwand ist unzulässig, da der Einwender keine Flächen im Überschwemmungsgebiet besitzt und folglich nicht von der Festsetzung des ÜSG bzw. den Einschränkungen/ Verboten des § 78 WHG betroffen ist.</p> <p>Dem Einwender wurden zum besseren Verständnis dennoch seine Fragen beantwortet.</p> <p>Gemäß § 76 Abs. 2 Nr. 1 WHG werden durch Rechtsverordnung die Gebiete als Überschwemmungsgebiete festgesetzt, in denen statistisch ein Hochwasser einmal in 100 Jahren zu erwarten ist. Bei der Festsetzung ist von den tatsächlichen Verhältnissen auszugehen.</p> <p>Die bis zum Zeitpunkt der Ermittlung des ÜSG für den Altenoyther-Kämpe-Graben bereits umgesetzten Maßnahmen, sind in den Berechnungen berücksichtigt worden.</p> <p>Planungen jedweder Art, d.h. auch zu Hochwasserschutzzwecken, können jedoch bei der Ermittlung von Überschwemmungsgebieten grundsätzlich nicht berücksichtigt werden, da hier der Ist-Zustand in Karten dargestellt wird. Es werden Flächen rechnerisch ermittelt, die bei einem hundertjährigen Hochwasserereignis voraussichtlich überschwemmt werden.</p> <p>Ein Hochwasser kann durch ein Regenrückhaltebecken nicht beeinflusst werden, da dieses bei weitem nicht dafür bemessen ist.</p> <p>Regenrückhaltebecken sind grundsätzlich nicht für ein Hochwasser, das alle 100 Jahre vorkommt (HQ100), bemessen, sondern lediglich für die normale Oberflächenentwässerung, d.h. hier einem 20-jährigen Regenereignis (HQ20).</p> <p>Im Hochwasserfall ist das Regenrückhaltebecken voll und „läuft über“. Hier kann auch durch Pumpmaßnahmen nichts erreicht werden.</p>	keine Änderungen
3 bis 7	<ul style="list-style-type: none"> - die Grundstückshöhen werden angezweifelt. - es werden Nachvermessungsergebnisse vorgelegt 	<p><u>Fazit:</u> Die 4 Einwendungen waren zulässig und begründet, soweit Nachvermessungsergebnisse vorgelegt wurden, die belegen, dass die Flächen höher liegen als der sich im Falle eines 100-jährigen Hochwassers einstellende Hochwasserspiegel. (Siehe Anlage 3 Karte 3)</p> <p>Würde der Nachweis erbracht, könnten die Karten entsprechend geändert werden.</p>	<p>für 1 Einwender fällt ein weiterer Teilbereich aus dem ÜSG (siehe Anlage 3 Karte 4)</p> <p>für 3 Einwender keine Änderungen nach Neuberechnung</p>